

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

«NE TOUCHEZ PAS AUX ETATS!»

Zur Aufwertung der Halbkantone

Wenn es nach Programm gegangen wäre, hätte man in der jüngsten Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte einem Balance-Akt auf dem hohen Seil bundesstaatlicher Artistik beiwohnen können: Es war alles bestens vorbereitet, um im Nationalrat eine aus seiner Mitte in Form einer allgemeinen Anregung hervorgegangene parlamentarische Initiative auf Beförderung der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Land zu «ganzen» Kantonen der damit befassten Kommission mit dem erweiterten Auftrag zuzuweisen, die Aufwertung der Halbkantone zu Vollkantonen sei generell zu prüfen und zu gegebener Zeit Antrag zu stellen, ob – und allenfalls wie – dem Begehrn stattgegeben werden soll.

Vorderhand ist es bei der blossen Ansage der Nummer geblieben. Dringendere Tagesfragen – Schahgelder, Ausverkauf der Heimat –, die ebenfalls auf die Traktandenliste des letzten dafür in Betracht fallenden Verhandlungsmorgens gesetzt werden mussten, haben soviel Zeit in Anspruch genommen, dass für das Restprogramm kein Raum mehr blieb. Doch ist die Programmverschiebung auf die Sommertagung zu verschmerzen. Es wäre mit der Aufführung der Nummer wohl nichts anderes passiert, als dass man sich über die Opportunität des weiteren Studiums einer Frage gestritten hätte, deren Lösung nach verbreiteter Auffassung ausserhalb der realen Möglichkeiten liegt.

«Ne touchez pas aux Etats!» – diese welsche Devise bedeutet ein Doppeltes: Man sollte weder an das ausgewogene Verhältnis der Standesstimmen im Bund noch an die Zusammensetzung der Ständekammer röhren, wenn das Zusammenleben in unserem föderalistischen Staat nicht in seinen Grundfesten erschüttert werden soll.

Historisch gewachsene Ordnung

Zur Begründung ein Blick zurück auf die Entstehung unseres Bundesstaates: Bemerkenswerterweise hat die Frage der Standesstimmen damals sozusagen ausschliesslich, aber dafür um so ausgiebiger, beim Ringen um die Ausgestaltung des Zweikammersystems zu reden gegeben. Die Frage der Stimmkraft bei Urnengängen ist 1848 offen gelassen und erst mit der Verfassungsrevision von 1874 ausdrücklich geregelt worden.

Der Kampf von 1848 ging im Zeichen der historischen Tatsachen, die von der alten Tagsatzung geprägt waren, um die Mitsprache der Stände im Parlament. Nach einem Auf und Ab, das lange Zeit zur Einsetzung einer einzigen Kammer neigte, über deren Zusammensetzung man sich aber wegen der föderalistischen Bedenken nicht einigen konnte, ist das heutige System, das einen Ausgleich zwischen den beiden Elementen – hier die Kantone mit ihren althergebrachten Rechten, dort der neue

Nationalgedanke, der nach einer Repräsentation der Gesamtheit des Schweizervolkes trachtete – gewissermassen vom Himmel gefallen.

Schliesslich hat man sich auch auf eine Zusammensetzung des Ständerats geeinigt, die dem Hergebrachten Rechnung trug: Während zunächst für diese Kammer eine Zahl von 25 Vertretern in Aussicht genommen war, jedem Stand also eine einzige Stimme verliehen werden sollte, ist aus den letzten Beratungen das Gremium der 44 hervorgegangen. Ausschlaggebend war wieder die Geschichte: Jeder behält unverändert sein Gewicht, womit eben in den geteilten Kantonen jedem Landesteil nur je ein Vertreter zugesprochen werden konnte.

Dazu noch ein kurzes Kapitel Schweizergeschichte: Lange vor der Schaffung des Bundesstaates sind im allmählich um sich greifenden Staatenbund selbständiger Kantone die Halbkantone entstanden. So strebten schon in den Anfängen des 1291 beschworenen Bundes der Urkantone die Teile «ob dem Wald» und «nid dem Wald» von Unterwalden auseinander. Unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse wurden für diese Trennung geltend gemacht. Die Urkantone aber wollten dem getrennten Unterwalden aus Gründen des Gleichgewichts im alten Bund nicht doppelte Stimme geben. Man begegnet hier zum ersten Mal der heute noch bedeutsamen Gleichgewichtsfrage.

Dieselbe Erscheinung war bei der Teilung der beiden Appenzell zu beobachten, die in die Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen fällt. Als Konsequenz der Glaubensspaltung wurde die Trennung mit dem

Landteilungsbrief von 1597 besiegelt. Beide konfessionellen Gruppen in der Alten Eidgenossenschaft hatten aber kein Interesse an einer Verstärkung der anderen Seite. Mit der Teilung der Standesstimme wurde Appenzell in heiklen Fragen praktisch neutralisiert.

Jüngeren Datums ist das Auseinandergehen der beiden Basel zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Hier waren politische Gründe die Ursache für die Trennung. Im mehrheitlich reformierten Basel waren Konservativismus und Radikalismus die trennenden Elemente, die sich wegen den Herrschaftsansprüchen des konservativen Stadtregimes über die liberale Landschaft als unüberbrückbar erwiesen und 1833 zur blutigen Auseinandersetzung führten. Der damalige Staatenbund, der nach der Aufnahme von 9 neuen Kantonen sein Gleichgewicht neu finden musste, war nicht daran interessiert, Basel Doppelrechte zuzuerkennen und beliess es bei der einen Standesstimme. Der Bundesstaat von 1848 hat diese Ordnung unverändert übernommen.

Sprengstoff Jura

Abgesehen von den beiden Basel, wo wiederholt schon Tendenzen zur Veränderung der Verhältnisse sich bemerkbar machten, die nach der von der Stadt ausgehenden «Wiedervereinigungsinitiative» von 1933 schon einmal die Bundesbehörden beschäftigten, ist die geltende Ordnung ungefochten geblieben. Weder in den beiden Unterwalden noch in den beiden Appenzell bestand bis vor kurzem Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen.

Für den Stadtkanton Basel stellte

sich die Situation etwas anders dar als für die vier kleinen Kantone. Sie wurde indessen wegen der dominierenden Agglomerationsprobleme eines Staatswesens, das eng mit der umgebenden Landschaft verflochten ist, vorerst nicht in einer Aufwertung vom Halb- zum Vollkanton, sondern in der Wiederzusammenführung der aufeinander angewiesenen Brüder zu begründigen versucht. Wie sich die städtischen Promotoren der Wiedervereinigung ausdrückten, sollte die «unverzeihliche staatspolitische Dummheit der Vorväter» wieder gutgemacht werden. Das Unternehmen, das dem heftigen Widerstand des oberen Basellands begegnete, ist trotz gründlicher Vorarbeiten 1969 gescheitert. Wohl stimmte Baselstadt klar für die Wiedervereinigung, Baselland entschied sich aber ebenso deutlich für das Fortbestehen als eigener Kanton. Man hatte sich damit abzufinden und suchte die Lösung inzwischen auf dem Wege der besseren vertraglichen Zusammenarbeit.

Bis nun eben die hochgespielte Jurafrage, die dem Bundesstaat Schweiz mit der vielgelobten, als staatspolitisch beispielhaft dargestellten Lösung einer in demokratischer Ausmehrung herbeigeführten Veränderung des Kantonsgefüges noch manche Nuss zum Knacken aufgeben dürfte, nun eben vermeintlich für die Ewigkeit Zusammengefügtes gesprengt hat. Die Schaffung eines neuen 23. Kantons aus dem 1815 widerwillig zu Bern geschlagenen Nordjura hat zur Konstituierung eines Vollkantons mit zwei Standestimmen und zwei Ständeräten geführt, hätte doch die Existenz eines Halbkantons Jura die schwelende

Frage nach der «andern Hälfte», der Vereinigung mit dem ebenfalls französischsprachigen, aber berntreuen Südjura ständig neu anheizen müssen. Aber wie der Lauf der Dinge zeigt, sind mit der getroffenen Lösung sofort andere Revisionsbegehren geweckt worden.

Den Anfang hat Baselland gemacht: Die Landschäftler Regierung hat im Juni 1976 die Regierungen der andern Halbkantone zu einem Treffen eingeladen, an dem eine erste Besprechung der «Aufwertungsbegehren» erfolgte. Parallel dazu sind die baselstädtischen Vorstösse in Gestalt einer schon 1977 abgelehnten sozialdemokratischen Motion Wenk im Ständerat und der gleichlautenden Einzelinitiative Allgöwer (Landesring) im Nationalrat eingereicht worden, die beide ihre Forderungen auf je einen Vollkanton Baselstadt und Baselland beschränkten. Hier wie dort ist allerdings rasch erkannt worden, dass die Dinge nicht übers Knie gebrochen werden durften. Wenn auch nur eine leise Chance für die Erfüllung der Begehren bestehen sollte, konnte diese nicht mit der Jurafrage verknüpft werden. Die Entstehung des Kantons Jura wäre sonst wohl in Frage gestellt gewesen.

So hat die Konferenz der Halbkantone ihre weiteren Beratungen bis nach der Volksabstimmung vom 24. September 1978 vertagt. Dasselbe trifft für die vom Nationalrat eingesetzte Kommission zur Prüfung der Initiative Allgöwer zu, die im Einverständnis mit dem Initianten ihre Verhandlungen solange aussetzte. Bei ihrem Wiederzusammentreten am 6. November letzten Jahres stand sie nun allerdings vor einer neuen Situa-

tion. Inzwischen hatte sich auch die Konferenz der «Sechs» auf eine Eingabe geeinigt, die zwar nicht an das Parlament, sondern an den Bundesrat gerichtet ist, jedoch bei der Beurteilung des Problems nicht ausser acht gelassen werden kann.

Die Eingabe der Sechs

Die Eingabe der Sechs stellt an den Anfang ihrer Überlegungen eine Feststellung der Arbeitsgruppe Wahlen für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung, mit der das Phänomen unterstrichen wird, dass die Existenz der «sogenannten Halbkantone» eine Ausnahme von der Gleichheit der Kantone bildet. Obwohl die Halbkantone im Rahmen der Bundesgesetzgebung die gleichen Aufgaben und Kompetenzen haben wie die übrigen Kantone, insbesondere über voneinander unabhängige, voll ausgebildete Behördenapparate verfügen und nach aussen gleich handlungs- und vertragsfähig sind wie die «Vollkantone», sind sie diesen in der Berechnung der Standesstimmen bei eidgenössischen Verfassungsabstimmungen und in der Vertretung im Ständerat nicht gleichgestellt. Die Gründe sind dargelegt worden. Wie weit haben sie heute noch Bestand?

Das vorgelegte Dokument der «Sechs» ist in sich widersprüchlich, so dass man versucht ist, von einer Dokumentation des schlechten Gewissens zu sprechen. Bei aller Kritik an der Zurückstellung der Halbkantone ist man «absolut einig», dass die Stellung und die Struktur des Ständerates durch die Aufwertung der Halbkantone «in keiner Art und Weise tangiert» werden darf. Mit der

Erweiterung des Ständerates um sechs Sitze soll keinesfalls, wie dies vor allem von seiten des Kantons Appenzell-Innerrhoden befürchtet wird, der Anstoss zu einem Prozess gegeben werden, bei dessen Ablauf weiterreichende Strukturänderungen eintreten würden.

Es wird mit diesem Hinweis auf die schon erwähnten Regungen angespielt, die bei der Vorbereitung einer Totalrevision unseres Staatsgrundgesetzes manifest geworden sind: In dem von der Mehrheit der Experten unterstützten neuen Artikel 60 des Verfassungsentwurfs wird ausdrücklich vorgesehen, dass auch der Ständerat inskünftig – gleich wie der Nationalrat – nach dem Verhältniswahlverfahren zusammenzusetzen wäre. Gleichzeitig hätten in seiner Zusammensetzung entscheidende Änderungen dadurch Platz zu greifen, dass eine Erweiterung der Mitgliederzahl vorgesehen würde. So sind eben in Vorwegnahme einer positiven Bescheidung der Initiative Allgöwer im vorgeschlagenen Artikel 77 bei der Aufzählung der Kantone, die nur einen Abgeordneten in die Kammer entsenden können, die beiden Basel nicht mehr enthalten. Ein allerdings nur von einer Minderheit unterbreiteter Alternativvorschlag geht noch weiter: Er möchte zusätzlich erwirken, dass «die Kantone mit der grössten Bevölkerungszahl» inskünftig einen dritten Ständerat delegieren könnten.

Solch weitgespannten Aspirationen widersetzt sich die Eingabe der Sechs. Die Frage stellt sich, ob nicht mit der Einleitung der Revision die «Eigendynamik» des Veränderungsprozesses zu spielen beginnt und schliess-

lich auch Festen ins Wanken geraten, deren Fortbestand gerade für die «Kleinen» im Bund von existentieller Bedeutung ist.

«Chambre de réflexion»

Es drängt sich nach diesen allgemeinen Überlegungen eine nähere Würdigung der Rolle des Ständerates auf. Wer während Jahrzehnten die Arbeit des Parlaments als Berichterstatter verfolgt hat, ist geneigt, den Ständerat nicht nur als Kammer anzuerkennen, in der – wie es erstes Anliegen der Schöpfer unseres Bundesstaates war – das föderalistische Element ein Gegengewicht zur das Schweizervolk nach seinen parteipolitischen Richtungen repräsentierenden Volkskammer bildet. Der Berichterstatter hat die Ständekammer vor allem als «Chambre de réflexion» schätzen gelernt. Bei allen Mängeln, die auch ihr anhaften mögen und die ihr von den Kritikern das abschätzige Prädikat «Stöckli» eingetragen haben, zeichnet sie sich gegenüber dem betriebsamen Nationalrat durch Behutsamkeit aus.

In der ruhigen Atmosphäre des Kleinen Saales ist schon mancher übereilte Beschluss des Grossen Saales korrigiert worden. Das letzte, vielbeachtete Beispiel, das seine Durchschlagskraft allerdings am 20. Mai erst noch beweisen muss, wurde mit der aufsehenerregenden Rückführung der im Nationalrat auf ein falsches Geleise geschobenen Finanzreform zu einer einfachen «Sanierung der Bundesfinanzen» gegeben. Es wäre verhängnisvoll, wenn man den Ständerat durch institutionelle Manipulationen zu einer «Taschenausgabe der Volkskammer» degenerieren liesse.

Dabei wäre nicht allein an ein Absinken des in der Ständekammer im allgemeinen immer noch befriedigenden Arbeitsablaufs auf das Niveau des vergebens gegen die Überlastung kämpfenden Nationalrates zu denken. Von grösserer Tragweite erscheinen die sich abzeichnenden «Gleichgewichtsstörungen»: Wenn im Entscheidungsmechanismus unseres Staates auf einen Schlag das von der welschen Schweiz ohnehin als Bedrohung empfundene Übergewicht des deutschsprachigen Landesteils verstärkt würde, könnte das zu Auseinandersetzungen führen, die an den Bestand der Eidgenossenschaft röhren müssten.

Der Minderheitenschutz

Mit dieser letzten Bemerkung ist auch das Stichwort für eine Wertung des zweiten kritischen Aspekts einer Aufwertung der Halbkantone zu Vollkantonen gefallen: der sorgfältig gewahrte Minderheitenschutz müsste mit der Gewichtsveränderung bei den Standesstimmen beeinträchtigt werden.

Dieser Schutz ist vor allem im Hinblick auf die verschiedenen Sprachregionen in unserem vielgestaltigen Land von Bedeutung. Er ist – das zeigen die empfindlichen Reaktionen der sprachlichen Minderheiten auf entsprechende oder auch nur vermeintliche Disproportionen in den verschiedensten Bereichen des Zusammenlebens – nicht nur für kulturelle Fragen notwendig. Die Zusammenballung der Bevölkerung in den Agglomerationen des Mittellandes mit der gleichlaufenden wirtschaftlichen Dominanz dieser Regio-

nen hat in der Westschweiz und im Tessin zum Eindruck geführt, dass die Bundespolitik ganz allgemein die deutsche Schweiz begünstige. Man müsste es deshalb als zusätzliche Bedrohung empfinden, wenn zum Beispiel die wirtschaftlich starke Region Basel bei Volksabstimmungen durch die Zuspaltung zweier Ständesstimmen ihre Stimmkraft verdoppeln könnte. In andern Fragen wieder wäre durch die Erhöhung des Gewichts der tendenziell konservativen Halbkantone zwischen Pilatus und Titlis und am Fusse des Säntis eine stärkere Bedrohung der weltoffenen Grundeinstellung der Westschweiz zu befürchten. Weder das eine noch das andere trüge zur Vertrauensmehrung bei, die nottäte.

So ist denn auch vor allem aus der Westschweiz gegen eine Aufwertung der Halbkantone, die samt und sonders im deutschsprachigen Landesteil liegen, bereits lautstarke Opposition geäussert worden. Das Verhältnis zwischen Deutsch und Welsch müsste mit der Änderung «kritisch» werden. Entsprechende Stimmen sind auch in der Südschweiz schon laut geworden.

Parteipolitik

Ein weiteres Element, das in die Überlegungen einbezogen werden muss, ist parteipolitischer Natur. Man kehrt mit dem Anschneiden dieses Gesichtspunktes zur Hauptfrage einer Veränderung der Zusammensetzung des Ständerates zurück.

Der Ständerat ist – in letzter Zeit häufiger als in früheren Jahren – immer wieder Angriffsobjekt der Linken gewesen. Sie wirft ihm einen angeblich reaktionären Charakter vor.

Richtig ist, dass die «chambre de réflexion» sich manchen Beschluss reiflicher überlegt, als das im Nationalrat zuweilen der Fall zu sein scheint. In der langfristigen Reifung der politischen Entscheide hat sich aber der Ständerat kaum als Hemmschuh erwiesen. Man darf wohl eher die Entwicklung so charakterisieren, dass das behutsame Vorgehen der Zweiten Kammer den Auffassungen des Schweizervolkes besser entspricht als das stürmische Vorwärtsdrängen, wie es die Volkskammer öfters demonstriert.

Nicht abzustreiten ist, dass der besonders in Wahlzeiten von den Sozialdemokraten vehement in Erinnerung gerufene Anspruch auf «angemessene Vertretung» auch in der Kleinen Kammer infolge der Besonderheiten des Wahlsystems, das hier auf dem Majorz basiert, von den bürgerlichen Koalitionen in der grossen Mehrheit der Kantone in die Minderheit versetzt wird. Aber es ist immerhin festzustellen, dass diesbezüglich in letzter Zeit ein Auflockerungsprozess in Gang gekommen ist. Der Übergang zur Volkswahl auch in den Kantonen, die früher die Nominierung der Ständervertreter dem Parlament überlassen hatten, hat dazu beigetragen, dass die Ständeratswahlen vermehrt zu Persönlichkeitswahlen geworden sind. Es liegt heute stärker als früher an den die Wahlen vorbereitenden Parteiinstanzen, durch die Aufstellung eines überzeugenden Kandidaten das Rennen um die Gunst des Wählers zu gewinnen.

Heute repräsentieren immerhin 7 Sozialdemokraten – je ein Zürcher, Solothurner, Basler, Waadländer, Neuenburger, Genfer und Jurassier –

und ein Vertreter des Landesrings gegenüber 38 «bürgerlichen» Delegierten in der mit dem Eintritt des Kantons Jura auf 46 Mitglieder angewachsenen Kammer die sogenannte Opposition. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass der grosse Stand Zürich seit dem Ausscheiden des in die Landesregierung gewählten Freisinnigen Honegger im Ständerat keinen Vertrauensmann der bürgerlichen Mehrheit mehr hat. Die Diskrepanz zur Parteistärke im Nationalrat, die seit den Wahlen von 1975 einen theoretischen Anspruch auf ein Dutzend Ständeratsmandate begründen würde, ist weniger gross als früher, als beispielsweise vor den 1963er Wahlen, die denn auch recht eigentlich im Zeichen eines sozialdemokratischen Ansturms auf den Ständerat standen, nur noch zwei Sozialdemokraten in der Kleinen Kammer sassen. Die bürgerliche Mehrheit hat erkannt, dass der faktische Ausschluss der Linken politisch unklug wäre.

Ebenso unklug wäre es indessen wohl auch, wenn mit der Aufwertung der Halbkantone, die zur Hälfte in den konservativen Stammlanden liegen und denn auch von hier aus die CVP-Fraktion des Rates dotieren, mit dem Eintritt von drei zusätzlichen CVP-Ständeräten diese mit heute 18 Vertretern ohnehin den Ständerat schon leicht dominierende Partei noch verstärkt würde. Nicht zuletzt in konservativen Kreisen selber sind deswegen schon Bedenken aufgetaucht.

Ein Kuckucksei

So verständlich an sich die Basler Einzelinitiative Allgöwer, die formell

bis jetzt einzig Gegenstand der verschobenen Auseinandersetzung im Nationalrat über die Beförderung der beiden Halbkantone Basel zu Vollkantonen ist, immer erscheinen mag – es werden durch den Vorstoss Fragen über Fragen aufgeworfen. Besonders fragwürdig erscheint gerade der ausschlaggebende Grund, den der Initiant bei der Begründung des Anliegens vorgetragen hat: Die Betonung des «demographischen und wirtschaftlichen Gewichts» Basels trägt in die bevorstehende Debatte ein Element, das besser unausgesprochen bliebe. Wenn man damit beginnt, «Gross» und «Klein» unterschiedlich zu gewichten, ist es um das föderalistische Bewusstsein, wie es im Ständerat seine schönste Ausprägung erfahren hat, bald einmal geschehen.

Es darf in diesem Zusammenhang William Rappards Würdigung der beiden unterschiedlich zusammengesetzten, aber völlig gleichberechtigten Kammern in seinem Werk «Die Bundesverfassung 1848—1948» zitiert werden. Rappard bezeichnet diese einzigartige Schöpfung als «Meisterwerk unserer Väter». Man sollte nicht unnötig daran herumbasteln. Gewiss mag es zuweilen für den ungeduldigeren Teil des Schweizervolkes ärgerlich sein, wenn der vermeintliche Fortschritt durch die Kombination von Zweikammersystem und doppeltem Volksmehr gebremst wird. Aber die Bremsen unseres besonderen politischen Systems haben auch immer wieder – und hier sei ein Ausspruch des Vaters der pendenten Totalrevision unserer Bundesverfassung, F. T. Wahlen, angefügt – unseren Staatskarren «auf schwierigen Passfahrten vor dem Sturz in den Abgrund be-

wahrt». Und wenn wir schon am Zitieren sind, mag auch noch die besonders schöne Würdigung des Ständerates durch den damaligen Ständerat und heutigen Bundesrat Hürlimann im Verlauf einer Debatte, die sich um die Einrichtung einer Simultanübersetzungsanlage nach Nationalratsmuster im Ständeratssaal drehte, folgen: «Wir sprechen verschiedene Sprachen, aber wir sind das einzige Parlament, das die gleiche Sprache spricht.» – Die technische Neuerung ist hierauf mit 37 zu 0 Stimmen abgelehnt worden!

Die vorberatende Kommission des Nationalrates für die Initiative Allgöwer scheint sich der Problematik bewusst zu sein, auf die man sich mit der angestrebten und durch die «Eingabe der Sechs» auf ein vollends zu unbekannten Zielen führendes Geleise manöverierten Basler Initiative einlässt. Ihr Vorsitzender, der Berner Walther Hofer, hat sich in seinen Verlautbarungen über die internen Beratungen wiederholt äusserst zurückhaltend geäussert. In seinem am 21. März ausgeteilten, aber dann wegen anderweitiger Beanspruchung des Rates nicht mehr behandelten Kommissionsbericht steht der Satz zu lesen: «Die Kommission ist sich bewusst, dass das gute Zusammenleben in unserem Staat wesentlich auf der Grosszügig-

keit der Mehrheit beruht. Die Frage einer Änderung des Vertretungsrechts der Halbkantone im Ständerat betrifft wesentlich mehr Fragen als auf Anhieb ersichtlich.»

Wenn Hofer aber weiterfährt, dass der Initiative in dem Sinne Folge gegeben werden sollte, dass «alle mit einer eventuellen Aufwertung der Halbkantone zu Vollkantonen zusammenhängenden Fragen» zu prüfen seien, ist dem eine kürzliche Pressestimme des Basellandschäftler Stadtsvertreters Jauslin gegenüberzu stellen. Der bei der Behandlung der Motion Wenk am 6. Oktober 1977 noch für die Basler Motion eingetretene Parlamentarier hat nach dem Bekanntwerden der «Anschlussforderungen» der Sechs klipp und klar erklärt: «Damit – das müssen auch diejenigen zugeben, welche unbedingt zwei vollwertige Basel möchten – wird das Problem undiskutabel. So geht es nicht. Dazu braucht man keine Experten.»

Diese Auffassung scheint auch von einigen Mitgliedern der Nationalratskommission geteilt zu werden. Jedenfalls sind entsprechende Rückweisungsanträge angekündigt. Das «Kuckucksei», das uns die Jurafrage ins Nest gelegt hat, wird besser nicht ausgebrütet ...

Arnold Fisch

DIE FRANZÖSISCHE LINKSUNION IST TOT

Im März letzten Jahres verlor die Linksunion die Wahlen, und die bürgerlichen Parteien siegten. Das Ergebnis war knapp, aber ausreichend. Noch sechs Monate vorher hätte man

es für unwahrscheinlich gehalten, die Linke galt als sicherer Favorit. Die Meinungsinstitute sagten ihr eine Mehrheit von etwa 53 Prozent der Stimmen voraus. Die errechneten

Zahlen gingen von ziemlich glaubhaften Voraussetzungen aus. Die regierenden Parteien, seit zwei Jahrzehnten ununterbrochen an der Macht, zeigten einen natürlichen Verschleiss. Der Ruf nach einem Wechsel fand beträchtlichen Widerhall in einem Lande, dessen Mentalität recht launenhaft ist, und das gewohnt ist, seine Regierenden rasch auszuwechseln. De Gaulle hatte, im Unterschied zur 4. Republik, für Stabilität gesorgt, und das wurde zunächst, nach den dauernden Minister-Karussells, dankbar angenommen. Aber allmählich machte sich doch Unlust über die allzu starre Stabilität breit, weil sie die Mitwirkung des Bürgers einschränkte. Im Mai 1968 zeigte sich explosionsartig die angehäufte Missstimmung.

Die Linksunion präsentierte sich als mögliche Alternative: Reformen ohne Revolution, Wandel mit Mass, Einschränkung der Privilegien – wobei wohlgemerkt jeder an die Privilegien des anderen, nicht der eigenen dachte. Das Versprechen einer schmerzlosen Operation gefiel: jeder würde etwas dazubekommen – was freilich bei genauem Hinsehen trügerisch war. Der Sieg des Linksbündnisses war in greifbare Nähe gerückt, weil dessen Führung in sozialistischen Händen lag, während die KP als zwar wichtiger, aber nicht führender Bündnispartner galt. Den Sozialisten war es allmählich gelungen, die KP zu überspielen. Mit der Popularität eines Mitterrand konnte sich kein anderer messen. Ausserdem gab die laut proklamierte «demokratische Wandlung» der Kommunisten zu einigen Hoffnungen Anlass. Hatte die KPF sich nicht für den «demokratischen Weg zum Sozialismus» ausgesprochen?

Hatte sie nicht den parlamentarischen Pluralismus bejaht, der proletarischen Diktatur abgeschworen und an der repressiven Praxis der Sowjetregierung Kritik geübt? Dies alles wurde als ermutigend gedeutet; es hatte den Anschein, als würden wichtige Faktoren der französischen Innenpolitik sich gründlich verändern. Bisher war die Linke durch das starke Gewicht der Kommunisten am Regieren verhindert worden. Die Macht der KPF wirkte sich vor allem negativ aus: zu schwach, sich allein durchzusetzen, war sie doch stark genug, das sozialistische Potential zu reduzieren, das allmählich fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war (1965 hatte der sozialistische Präsidentschaftskandidat Defferre ganze 5 Prozent der Wahlstimmen erhalten!). Die Situation änderte sich erst dank der Ära Mitterrand, als sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Sozialisten verschob und die Kommunisten bereit schienen, den demokratischen Prozess zu billigen.

Diese Konstellation (und damit die Wahlausichten) wurde im September 1977, also ein halbes Jahr vor dem entscheidenden Datum, umgeworfen. Die Kommunisten eröffneten ein massives Trommelfeuer auf ihre Partner, die beschuldigt wurden, nach sozialdemokratischem Vorbild – zitiert wird in erster Linie die SPD, wobei ganz offen an antideutsche Gefühle appelliert wird – den Kapitalismus schonen zu wollen. Verlangt wurde eine Revision des Programms der Linksunion von 1972, Ausdehnung der Verstaatlichungen, führender Anteil der Kommunisten an der Regierung nach einem Wahlsieg. Damit hatte sich die Situation über Nacht

verändert. Die Linke war faktisch ohne Programm, sie war nicht mehr «einig», wie es in der offiziellen Devise hieß, sondern zerstritten. In den letzten Monaten vor der Wahl fand die heftigste Auseinandersetzung zwischen den Partnern der Linksunion statt, nicht zwischen ihnen und der Regierungskoalition. Unter solchen Umständen war eine Niederlage nicht mehr zu vermeiden, sie ergab sich sozusagen zwangsläufig. Im Falle eines linken Siegs war mit einer konstruktiven Regierung nicht mehr zu rechnen. Die Furcht vor dem Kommunismus tauchte wieder auf, Zweifel am demokratischen Wandel der KPF wurden erhoben. Als die zerstrittenen Partner sich zwischen den beiden Wahlgängen trafen, um das Bündnis von neuem zu besiegen, war es eine Maskerade, die die Wähler täuschen sollte und am Wahlergebnis freilich nicht das geringste zu ändern vermochte.

Gewollte Niederlage

Man kann nicht daran zweifeln, dass die KPF den linken Wahlsieg willentlich sabotiert und das Bündnis mit den Sozialisten gesprengt hat. Wohl nur selten hat eine Partei ihre Niederlage so offenkundig heraufbeschworen, herbeigewünscht, wie es hier geschah. Seit einem Jahr haben die Kommunisten diesen Kurs vertieft und konsolidiert. Man hat es also mit keiner Episode zu tun, mit keinem «coup de tête» in der Hitze des Gefechts, nach dem alles wie bisher weitergehen könnte. Die KPF hat eine neue Periode eröffnet, in der nicht das Bündnis mit den Sozialisten angestrebt wird, sondern ein systematischer

Kampf gegen sie, um – wie KP-Generalsekretär Marchais jetzt offen und ständig verkündet – «das Kräfteverhältnis zugunsten der Kommunistischen Partei zu verändern». Die Kommunisten proklamieren lautstark, die Führung der Linken übernehmen zu wollen (dies war freilich stets ihre Absicht; nur hatten sie es aus taktilen Gründen vorübergehend verschwiegen), indem sie die Sozialisten des Verrats verdächtigen. Nach den Thesen des Zentralkomitees zum XXIII. Parteitag im Mai erstreben die SP-Führer nichts anderes, «als die Rechte bei der Ausführung der Politik des Kapitals abzulösen», sie seien «getreue Verwalter der Geschäfte des Kapitals». Am 1. Februar erklärte Marchais: «Ja, die SP ist von ihrer Natur her rechts. 1972 war es uns gelungen, sie von der Politik der Klassenzusammenarbeit wegzu bringen, aber ihre Natur blieb unverändert.» Die Sozialisten als Feinde der Arbeiterklasse: das ist ein altes Thema der Kommunistischen Partei seit ihrer Gründung, untrennbar von der Machtprätention Lenins und Stalins, sozusagen ein dauerndes Leitmotiv. Es wurde immer nur für ganz kurze Zeit verdeckt (so in der Volksfront-Periode 1935, in der Résistance und nach dem Kriege zur Maskierung der «Volksdemokratien»), während die politische Zielsetzung die gleiche blieb. Die KPF nimmt ganz einfach den eurokommunistischen Kleister ab und zeigt, was sie stets geblieben war, was sie stets erstrebt hat.

Es kann nicht überraschen, dass die Attacken gegen die SP von prosowjetischen Erklärungen begleitet werden. Indes Marchais behauptet, dass Frankreich seit zwei Jahrzehnten

ein «totalitäres Regime» erleide, wird die Sowjetunion als «allgemein positiv» bewertet. In einem Resolutionsentwurf für den Parteitag schreibt das Politbüro, dass «die kommunistischen Parteien durch die Völker an die Spitze der Länder gestellt wurden, wo der Sozialismus erbaut wird und sich entwickelt». Folglich leben wir in der besten der kommunistischen Welten: in Russland, aber auch in Ungarn und in der CSSR herrscht eine schöne Demokratie, da die Völker dort ihren Willen bekunden, nicht etwa eine repressive Diktatur. Solche Thesen zeigen das seltsame Demokratie-Verständnis der KPF; es entspricht im Grunde dem Muster der Stalin-Ära, das tatsächlich nie aufgehört hatte, Geltung zu besitzen. Demgegenüber schmilzt die Kritik an Einzelmaßnahmen der kommunistischen Regime auf ein Minimum zusammen, auch wenn sie als Beweis freiheitlicher Gesinnung kräftig herausposaunt wird. Sie schrumpft zum Dekor, während die kommunistischen Staaten (mit Ausnahme Chinas!) im wesentlichen als Modelle empfohlen werden. Das kommunistische Bekenntnis wird mit einer nationalistischen Demagogie angerührt, die Hass gegen die Bundesrepublik Deutschland und die USA zu entfesseln sucht. Marchais beruft sich mit Dreistigkeit auf de Gaulle, den die Kommunisten einst mit Inbrunst verunglimpften. So erklärt er: «Wie General de Gaulle denke ich ...» Und ebenso unverblümt bekennt er sich als Nationalist: «Wenn es Nationalismus ist, für die Unabhängigkeit und Souveränität Frankreichs zu kämpfen, wenn das alles Nationalismus ist, dann bin ich Nationalist.» Mit ihrem Nationalismus

rücken die französischen Kommunisten in die Nähe der Gaullisten: gemeinsam bekämpfen sie die Einigung Europas unter dem Stichwort der *grandeur française*. Den Weg, den die KPF seit ihren frühen Bekenntnissen zum «proletarischen Internationalismus» zurückgelegt hat, ist immerhin beträchtlich.

Flucht ins Ghetto

Der Bruch mit den Sozialisten wird damit vollendet. Marchais hat denn auch ohne Umschweife den Tod der Linksunion bescheinigt, indem er sagte, ein Bündnis müsse auf «neuen Grundlagen» errichtet werden. Was das bedeutet, bedarf keines Kommentars: es wäre ein Bündnis unter kommunistischer Führung. Die KPF zieht sich wieder ins Getto zurück, nachdem sie jahrelang zähe Anstrengungen unternommen hatte, daraus zu entfliehen. Folglich muss sie die Isolierung für das geringere Übel ansehen. Welches sind die Gründe? Zum erstenmal in ihrer Geschichte zahlte sich die Bündnispolitik diesmal nicht aus, die Nutzniesser waren die Sozialisten. Zweitens wäre die KPF gezwungen gewesen, ihre demokratischen Bekenntnisse immer mehr in die Praxis umzusetzen, ihre Unabhängigkeit von Moskau zu beweisen: davor graute offenkundig der Führungsspitze. Daher die panikartige Flucht ins Getto. Lorbeeren sind dabei nicht zu gewinnen, aber die Partei wird überleben; ihr Apparat ist erprobt, mit solchen Situationen fertigzuwerden. In der Isolierung fühlt er sich schliesslich am wohlsten, sie ist gefahrloser als ein offener Wettbewerb. Die KPF kann sich, begün-

stigt von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, einer scheinrevolutionären Agitation hingeben, ohne je mit der Legalität zu brechen. Denn in Wirklichkeit fürchtet sie die Revolution genauso wie den Reformismus; weder revolutionär noch reformistisch, ist sie ein Zwittergebilde, das nur noch zu existieren strebt. So leer und frustierend diese Politik auch sein mag, so relativ gut erträgt sie die KPF. Die Intellektuellen rumoren, sie werden in ihrer Kritik immer ungeduldiger und erheben die Stimme. Aber das Funktionärskorps, durch den «demokratischen Zentralismus» diszipliniert, bleibt unerschüttert, und die Mitgliedschaft wird unschwer vom Apparat manipuliert. Zwar erwarten die Kommunisten von ihrem neuen Kurs keinen Sieg, aber dank ihrem stahlharten Apparat – keine Partei in Frankreich hat dem auch nur halbwegs Ebenbürtiges entgegenzusetzen – können sie überwintern. Die sozialen Verhältnisse können sie nicht verbessern, nur verschlimmern. Und das scheint das sichtbarste Ziel ihrer Strategie zu sein.

Kein Abschied vom Mythos

Der Bruch der Allianz hat die Sozialisten viel stärker erschüttert, bei ihnen gibt es eine freie Diskussion, und die Unzufriedenheit kann sich ungehemmt entfalten. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass die KP-Führung dies einkalkuliert hatte und sich davon einen beträchtlichen Nutzen versprach. Einer relativ geschlossenen KP steht jetzt eine Sozialistische Partei gegenüber, die durch schwere Flügelkämpfe zerrissen wird. Keime der Spaltung sind vorhanden, und zu-

mindest diesen Pluspunkt können die Kommunisten für sich buchen. Die Heraufbeschwörung einer Krise innerhalb der SP war eine wesentliche Absicht ihrer Niederlagenstrategie. Die Sozialisten wollten, im Unterschied zu den Kommunisten, den Wahlsieg; sie wollten die Reformen realisieren, die im Programm der Linksunion verkündet waren, und von denen die KP nichts mehr wissen will. Und sie sahen sich bereits an der Macht. Mit dem Kurswechsel seiner Partner hatte Mitterrand nicht gerechnet, er glaubte die Kommunisten zur Bündnispolitik verurteilt. Das war seine Fehlkalkulation, seltsamerweise hält er auch noch heute daran fest. Mitterrand fährt fort, den Mythos der Linksunion zu kultivieren, obschon sie schon tot ist. Persönlich ist das verständlich, weil er seinen Aufstieg bis an die Schwelle des Elysée-Palastes diesem Mythos verdankt. Es ist gewiss schwer, von lieben Illusionen Abschied zu nehmen. Doch erweist sich das als unumgänglich, alles andere ist eine Politik der Fata morgana. Aber Mitterrand denkt offenkundig nicht daran, Lehren aus dem Debakel zu ziehen; er steuert weiter eine Bündnispolitik, von der die KP nichts wissen will. Sein Rezept: «Es gibt also nur eine Methode: eine Situation schaffen, der die Kommunistische Partei sich nicht entziehen kann.»

Mitterrand glaubt, die KP zur Allianz zwingen zu können. Damit gibt er sich einer Täuschung hin: er glaubt die Kommunisten dem Druck einer demokratischen Öffentlichkeit zugänglich. Das heisst, er hält die KP für das, was sie nicht ist: eine demokratische Partei. Marchais verhinderte den Sieg Mitterrands, es ist jedoch

nicht in der Macht Mitterrands, Marchais zu einem anderen Kurs zu bewegen. Das mag schlimm für den sozialistischen Führer sein, ist aber eine Tatsache, die er nicht umstossen kann. Dennoch widmet er sich unermüdlich dieser wahren Sisyphusarbeit. Während die Kommunisten ihn als Verräter beschimpfen, sagt er ungerührt: «Die Sozialisten müssen bei ihrem Kurs bleiben. Ihre Verpflichtungen achten. Die Wahldisziplin praktizieren.» Es handelt sich um Verpflichtungen gegenüber den Kommunisten, die jede Verpflichtung gebrochen haben, und um Beachtung einer Wahldisziplin, die die KP begünstigt. Mitterrand fordert, dass die SP sich als «wirklicher Erbauer der Einheit» erweise, denn letztlich müsse die KP «ihre Pflicht verstehen».

Die Achse dieser Politik ist immer noch die Linksunion, für Mitterrand handelt es sich um eine vorübergehende Krise, die zu überwinden ist. Doch ist nichts weniger wahrscheinlich, denn niemand vermag die Kommunistische Partei zu einer Politik zu überreden, die sie für unvorteilhaft hält. Der sozialistische Führer erweist sich als Opfer eines Mythos, den es zu zerstören gilt: den Mythos einer demokratischen KP. Mitterrands innenpolitische Illusionen hängen mit seinem aussenpolitischen Konzept zusammen. Er glaubt an eine fortschreitende Liberalisierung der kommunistischen Staaten, sie repräsentieren für ihn einen bürokratischen Sozialismus, dessen Auswüchse sich durch Reformen beseitigen lassen. Wie die KPF zur Union letztlich «gezwungen» ist, so ist auch die UdSSR zur Demokratisierung «gezwungen». In beiden Fällen wird nach dem Prinzip Hoff-

nung verfahren und die Realität nicht wahrgenommen. In diese Richtung drängt auch das innerparteiliche Kräfteverhältnis. Mitterrand bekam 1971 die Führung dank der Unterstützung der prokommunistischen CERES-Gruppe, die damals ein Viertel der Mitgliedschaft repräsentierte. Das Credo der CERES ist das Bündnis mit der KP, für den Zerfall der Linksunion macht die Gruppe vor allem die Sozialisten verantwortlich. Die CERES ist natürlich ein Pfahl im Fleisch der SP, deren eigene Orientierung dadurch beträchtlich behindert wird.

Eine Neuorientierung wird indes von manchen Kräften angestrebt. Da ist vor allem der Bürgermeister von Lille, Pierre Mauroy, der aus der alten Sozialistischen Partei Guy Mollets kommt, und Michel Rocard, ehemaliger Anführer der linkssozialistischen PSU. Beide befürworten eine gewisse Distanz gegenüber der KP. Die Sozialisten – so erklären sie – sollten sich weniger um ein Bündnis bemühen, als ihre Selbständigkeit und ihr eigenes Programm manifestieren. Beiden geht es auch wesentlich um die Konstruktion Europas und um ein gemeinsames Wirken mit den sozialdemokratischen Parteien, nicht zuletzt mit der SPD, die von der CERES-Gruppe kaum weniger verketzt wird als von Seiten der Kommunisten. Die Situation der Sozialistischen Partei ist schwierig, eine Daueropposition verträgt sie weniger gut als die Kommunisten. Dennoch hat sie vorerst keine andere Möglichkeit, und auf diesem Felde hofft die KP, sie zu schlagen.

Heinz Abosch

ATEMNOT

Zur Situation einiger Schriftsteller in der DDR

Die These, wonach es zwei deutsche Literaturen gebe, eine sozialistische in der DDR und eine andere im übrigen deutschen Sprachgebiet, ist durch systematische vergleichende Untersuchungen der jüngsten Entwicklung wie vor allem durch die kritische Rezeption der Neuerscheinungen widerlegt. Die Kritik setzt sich mit dem gesamten Spektrum deutscher Gegenwartsliteratur auseinander; Romanführer und biographische Lexika machen – wenigstens ausserhalb der DDR – keinen Unterschied, ob ein Autor in diesem oder im anderen deutschen Staat lebe. Noch im Februar 1978 konnte *Rolf Schneider*, dessen neuester Roman *November* in seiner gequälten, doppeltzüngigen Redseligkeit eine Krise nicht nur dieses Schriftstellers, sondern der Literatur in der DDR überhaupt dokumentiert, in einem Artikel in der *Frankfurter Rundschau* wahlweise anbieten: «*Es gibt nur eine deutsche Literatur: die westdeutsche. Manche Autoren leben in der DDR.*» Oder aber (als gleichermaßen möglich): «*Es gibt zwei voneinander absetzbare deutsche Literaturen der Gegenwart: eine in der Bundesrepublik, eine bei uns.*» Er selber, so meint er nach dieser Gegenüberstellung zweier Thesen, die sich gegenseitig ausschliessen, ziehe sich gern auf die Feststellung zurück, es gebe zwei Literaturen: eine gute und eine schlechte.

Dabei könnten auch wir es bewenden lassen. Und erst noch wäre beizufügen, dass Literatur von Rang und

Qualität in beiden deutschen Staaten entsteht und dass der Anteil der Autoren aus der DDR daran nicht mehr wegzudenken wäre. Nur ist es eben auch so, dass das kritische Gespräch darüber eigentlich nur im Westen stattfindet, weil nämlich eine gewichtige Reihe von Neuerscheinungen nur im Westen auch greifbar ist. Rigorosser denn je wachen die Kulturbürokraten der DDR darüber, was in volkseigenen Verlagen erscheinen darf. Die Gesichtspunkte, nach denen dabei entschieden wird, sind eng und schliessen die offene Auseinandersetzung zum vornherein aus. Seit der Ausbürgerung von *Wolf Biermann* im November 1976, seit dem Exodus von *Sarah Kirsch*, *Reiner Kunze* und anderen bestimmt Frost das kulturpolitische Klima. Die Leipziger Buchmesse 1979 hat das ihren Besuchern deutlich vor Augen geführt. «*Die hier bleiben, sterben leise ...*» überschrieb *Karl Corino* seinen Messebericht in der *Deutschen Zeitung*; es ist eine Zeile aus dem Gedicht von *Bettina Wegener* für die «*weggegangenen Freunde.*» Das Angebot an den Leser in der DDR ist nicht allein vermindert um das, was aus literaturpolitischen Gründen an «*Eigenem*», also etwa weil es Zustände und Vorgänge im sozialistischen Deutschland nicht im erwünschten Sinne schildert, am Erscheinen verhindert wurde. Es fehlen da auch bedeutende Autoren des übrigen deutschen Sprachgebiets. Corino erwähnt den Leser, der am Leipziger Messestand des Verlages Luch-

terhand an zwei Tagen das Ausstellungsexemplar des *Butt* von Günter Grass «quasi exterritorial» verschlang.

Aus Erzählungen und Romanen, die in der DDR geschrieben (aber im Westen veröffentlicht) worden sind, ergibt sich ein beklemmendes Bild. Für die Literatur ist ein Klima der Einschnürung, eine Luftleere entstanden, die Atemnot verursacht. *Atemnot* ist der Titel des Romans von Klaus Poche, der 1978 bei Walter in Olten erschienen ist. In der DDR ist das Buch nicht zu haben.

Es liegt natürlich nahe, zwischen der Unbotmässigkeit einiger Schriftsteller in der DDR, also etwa jenem Protestbrief von Sarah Kirsch, Christa Wolf, Volker Braun, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Günter Kunert, Rolf Schneider, Jurek Becker und anderen gegen die Ausbürgerung Biermanns, und der kritischen Opposition der Autoren in westlichen Demokratien eine Parallel zu ziehen. Literatur, auf die es ankommt, befindet sich immer im Widerstand, wird man sagen. Oder man formuliert es ähnlich wie Siegfried Lenz in seinem Vortrag *Elfenbeinturm und Barrikade, Schriftsteller zwischen Literatur und Politik*: Literatur, sagt er, «legt unentwegt Einspruch ein gegen das Wirklichkeitsverständnis radikaler Theorien.» Dass gute Literatur kritisch und nicht affirmativ ist, erklärt auch die Solidarität der Autoren über die Grenzen, selbst über die Schranken unterschiedlicher politischer Positionen hinweg. Denn Literatur ist in jedem ernst zu nehmenden Fall der Versuch, bestehende Verhältnisse, auch geltende Normen und ein kaum noch reflektiertes allgemeines Selbstverständnis zu hinterfragen. Aber wir

sollten dennoch klar auseinanderhalten: Zwischen der Lage der kritischen Schriftsteller in der DDR und derjenigen in der Bundesrepublik, in Österreich oder in der Schweiz besteht eine entscheidende Differenz, die es verbietet, in Gegensatzpaaren wie Anpassung und Widerstand, Affirmation und Kritik etwa eine verwandte oder gar identische Problematik zu sehen. Die Lage der Autoren in der DDR ist schon darum komplizierter, weil ihre Loyalität dem Staat gegenüber, in welchem sie leben, eine Alternative gar nicht zulässt.

Denn dem Unbehagen in einer sozialistischen Gesellschaft Ausdruck zu geben, die nach zugrundeliegender wissenschaftlicher Theorie und nach herrschender Parteidoktrin errichtet worden ist, um die Menschen glücklich zu machen, ist automatisch mit dem Odium der Konterrevolution behaftet. Es gibt im offiziell zugelassenen Vocabular der DDR (wie Rudolf Schottlaender soeben in der April-Nummer der *Frankfurter Hefte* ausführt) das Wort «Anpassung» nur als biologischen Begriff. «Soziale Anpassung» ist demnach eine Kategorie bürgerlicher Wissenschaft und wird mit der Begründung verworfen, in sozialistischen Staaten sei die freiwillige und totale Selbstidentifizierung mit der herrschenden Lehre der Normalfall. Was aber den «Widerstand» betrifft, so gibt es zwar den «antifaschistischen», den «antikolonialistischen» und den «antiimperialistischen Widerstand», jedoch nicht die Opposition des kritischen Intellektuellen. Denn der kann ja nach offizieller Lesart gar nichts anderes wollen als die Partei und ihre Führer. Natürlich kann «die Verbannung von Wörtern nicht ver-

hindern, dass es die Sachen, die aus dem Sprachgebrauch getilgt sind, dennoch gibt, auch wenn es in solchem Falle mehr Mühe macht, sie wiederzuerkennen.» So Schottlaender, der als emeritierter Professor, der an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin gelehrt hat, als Augenzeuge gelten darf. Es sind aber die Schriftsteller, die den sprachlos gewordenen Wirklichkeiten Sprache zurückgeben. Nur ist ihr Spielraum eingeengt, ihre Möglichkeit der Artikulation verbaut. «*Die hier bleiben, sterben leise ...*» Was hilft es schon, dass die Kulturbürokratie ihr Wohlverhalten mit Orden, Prämien und Preisen, auch mit mancherlei Privilegien honoriert? Die Atemnot bleibt. Und falls einer dadurch aufgefallen ist, dass er die Entscheidungen der obersten Gremien kritisiert, hat er zudem allerhand Repressalien zu befürchten. Wie zermürbend und zerstörend die beklemmende Situation ist, lässt sich an Neuerscheinungen der Jahre 78 und 79 ablesen. Auffallend oft begegnen einem darin junge Menschen jener Generation, die schon Reiner Kunze in den Prosastücken *Die wunderbaren Jahre* dargestellt hat. Sie verhalten sich so, wie es Stefan Heym in der Erzählung *Mein Richard* (in dem bei Bertelsmann erschienenen Band *Die richtige Einstellung*) beschreibt: «*Heutzutage muss man ein wachsa mes Auge haben auf seine Kinder; sie haben gelernt, eines zu sagen und ein anderes zu denken, und sie haben diese distanzierte Art, durch die man so schwer hindurchdringt, und dieses Lächeln, so als wollten sie einem bedeuten: Und du glaubst das, Müt chen, du glaubst wirklich, was du mir da vorbetest?*» In seinem neusten

Roman *Collin* stellt Heym zwei alte Spanienkämpfer einander gegenüber, den Sicherheitschef Urack und den Nationalpreisträger Collin, beide in einer Herzkllinik für prominente Patienten. Die Sorge der beiden altgedienten Genossen, des Schriftstellers wie des Ministers für Staatssicherheit, besteht darin, «*dass unsere Söhne uns den Rücken kehren.*» Auch im Roman *Das Glück von Rolf Schneider* ist die Diskrepanz zwischen dem, was die Staatsgründer in ihrer Euphorie vielleicht wollten, und dem, was die heranwachsende Generation vorfindet, ein zentrales Thema. Je länger je weniger stimmen die Wörter mit den Sachen überein. Eine der ein drücklichsten Darstellungen dieser Problematik hat Volker Braun 1975 in der Erzählung *Unvollendete Geschichte* vorgelegt.

Aber die Situation hat sich seit dem Fall Biermann und seinen Folgen zugespitzt. Die Beispiele von Resignation oder Verlust der Glaubwürdigkeit mehren sich. Christa Wolf, die mit ihrer kritischen Rechenschaft *Kindheitsmuster* auf harte Kritik gestossen und als Erstunterzeichnerin des Biermann-Protests erst recht unter Beschuss geraten ist, weicht in ihrer neuen Erzählung *Kein Ort. Nirgends* in die literarhistorische Vergangenheit aus. Auf das Buch, das eine fingierte Begegnung zwischen Karoline von Günderrode und Heinrich von Kleist erzählt, wird in anderem Zusammenhang noch zurückzukommen sein. Drei weitere Beispiele, höchst verschieden in der Methode, haben immerhin gemeinsam, dass sie in der DDR keinen Verlag gefunden haben: Stefan Heyms Roman *Collin* erschien bei Bertelsmann, *Atemnot* von Klaus

Poche bei Walter und *November*, *Rolf Schneiders* Schlüsselroman über die Vorgänge vor und nach Biermanns Ausbürgerung, bei Albrecht Knaus in Hamburg. Heym kann sich offenbar leisten, was jüngeren Autoren verwehrt ist. Er sagt, in seinem Alter sei man es müde, um den heissen Brei herumzugehen. Sein Thema allerdings ist auch nicht die Gegenwart, sondern die stalinistische Vergangenheit, die sich «wie ein erstickender Ring» um die Gegenwart in der DDR lege. Collin entschliesst sich, seine Memoiren zu schreiben und dabei «auszupacken».

Was stört, ist die reisserische Cleverness, mit der hier politisch Brisantes und erotisch Pikantes zu einem Unterhaltungsroman verröhrt ist. Heym ist ein gewiefter Könner; sein Buch liest sich wie eine Kriminalgeschichte, die immerhin an Beispielen vorführt, dass Verschweigen Verdrängen heisst und Verdrängen krank macht. Die Angina pectoris, an der Collin leidet, ist der Atemnot verwandt, die Klaus Poche beschreibt. Die Kritik, die sich ja nur im Westen damit auseinandersetzen kann, ist im Fall des Romans *Collin* geteilt: Der Inhalt wird referiert; dem Entschluss, die Dinge beim Namen zu nennen, wird Reverenz erwiesen. Aber in einigen Besprechungen kommt auch zum Ausdruck, dass die Selbstkritik des alternden Schriftstellers ausklammert, was den Heutigen auf den Nägeln brennt.

Klaus Poches Buch dagegen, am ehesten vielleicht mit dem ebenfalls nur im Westen erschienenen Roman *Schlaflose Tage* von Jurek Becker zu vergleichen, ist gerade darum ein so beklemmendes Dokument, weil hier

das Protokoll eines privaten Rückzugs aufgezeichnet wird. *Atemnot* hält in tagebuchartigen Notizen Einnerungen und Gedanken eines fünfzigjährigen Schriftstellers fest, der sein Leben überdenkt. Seine Ehe ist gescheitert, aus einer Redaktion ist er ausgeschlossen worden. «*Marschieren gelernt, nicht laufen gelernt*»: das ist eine Formel, auf die er seine Biographie reduzieren könnte. Er zieht sich aus Berlin aufs Land zurück. Im Dorf will er ein grosses Werk schreiben. Aber die Geräusche der Schreibmaschine, die nächtelang an die Ohren der Dorfbewohner dringen, kommen aus einem Kassettenrecorder. Der Schriftsteller beginnt zu trinken, er verweigert sich. Sein Protest ist privater Natur, aber er spürt, dass öffentlich ist, was ihn niederdrückt. Seine neue Freundin Carla hat er kennengelernt, als sie mit ihm ein Interview machte. Wie verstehen Sie als Künstler ihre Aufgabe? Das war die Frage; seine Antwort: «*Das Hebendürfen von Händen in ausweglosen Situationen hielt ich schon immer für eine der reifsten Errungenschaften dieser Welt, die leider nie die entsprechende Würdigung erfahren hat. In eine solche Situation bringt mich Ihre Frage. Die Befürchtung, mit meiner Schreiberei auf Desinteresse zu stossen, erscheint mir begründeter als die Hoffnung, Veränderungen einleiten zu können. Die Gesellschaft als Ziel lähmt mich mit ihrer Anonymität mehr, als sie mich anzuspornen vermag. Vieles lässt sich anordnen, aber nicht alles, zum Beispiel nicht Interesse.*»

Das Interview erscheint nicht. Auch Carla hat Schwierigkeiten: sie hat ein Medizinstudium begonnen,

wird exmatrikuliert zur «Bewährung» in der sozialistischen Produktion. «*Nicht nur ich*», sagt der Autor am Schluss, «*muss mich damit abfinden, dass ich existiere.*»

Wenn Stefan Heym einen Polit-Reisser geschrieben hat, Klaus Poche das Protokoll privaten Scheiterns, so hat sich Rolf Schneider in seinem Roman *November* vorgenommen, was nicht gut ausgehen konnte. Ein Insider (er gehört schliesslich zu den Erstunterzeichnern des Briefes, der die Machthaber darum bat, «*die beschlossene Massnahme zu überdenken*») schreibt da einen Schlüsselroman und versichert am Schluss scheinheilig, dass es keiner sei. Ein Schriftsteller der DDR, dem wir eindrucksvolle und manchmal angriffige Erzählungen, Hörspiele und Romane verdanken, der jedoch auch nie völlig frei vom Verdacht des Opportunismus schien, fällt mit seinem Bericht schliesslich zwischen Stuhl und Bank. Der stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke sagte in seiner Begründung, warum das Manuskript in der DDR nicht erscheinen werde, es handle sich da um eine «*kolportagehafte Ausnutzung der Vorgänge vom November 1976, also als einige Autoren bei uns sich in einem bestimmten Irrtum befunden haben.*» Und da nun das Buch in einem westlichen Verlag vorliegt, muss man betreten feststellen, dass die Charakterisierung des stellvertretenden Ministers für Kultur schwerlich zu widerlegen ist. Die Kollegen erscheinen darin, wie sie zittern, Biermann, in Schneiders Roman Bodakov genannt (und teilweise weist er auch Züge von Reiner Kunze auf), ist eine schillernde Figur. Und der omnöse Protestbrief erscheint auf einmal

nicht als eine solidarische Aktion der Künstler im Namen der Freiheit, sondern wird dem Verdacht ausgesetzt, es handle sich da um klare Berechnung, da sonst, wie ein Schriftsteller gesagt haben soll, westdeutsche Verlage die Bücher ostdeutscher Autoren nicht mehr bringen würden. Alle Infamie und alle Methoden der Abwimmung unbequemer, eitler und privilegiensüchtiger Literaten sind in diesem Buch zu finden, das anderseits doch so tut, als werde hier im wesentlichen die Geschichte von Natascha Roth erzählt, ebenfalls einer Erstunterzeichnerin des Protestbriefs. Von ihr enthält der Text gar Gedichte, zum Beispiel das folgende:

november

*unter den regierenden des landes
befinden sich
früher ausgebürgerte. nunmehr fassen
sie den beschluss,
auszubürgern den unbequemen
dichter arnold b., sie
nehmen dem von ihnen regierten land
damit die würde.*

*andere dichter, unter denen sich
früher ausgebürgerte
befinden, erheben einspruch. derart
geben sie
dem von ihnen bewohnten land etwas
würde zurück.*

*die regierenden drängen die dichter
seither zur umkehr.
zu erkennen unfähig, was die dichter
auch taten für sie,
wollen sie die dichter zu teilhabern
der würdelosigkeit.*

*tage im spätherbst. die leute ver-
brennen das laub.
die kahlen bäume des landes bedenken
das gedicht*

*des bertolt b., unbequemen dichters,
über
das schweigen.*

Natascha Roth arbeitet an einer Arbeit über Rimbaud und befasst sich mit der Geschichte der Commune in Paris. Für mich, sagt sie, stellt jedes im Namen der Revolution begangene Unrecht das moralische Recht der Revolution in Frage. Die Commune sei an der Milde gescheitert, sagt sie allerdings auch, und sie denke, künftigen Revolutionen werde man ihre Härte vorwerfen, mit der sie siegreich blieben. Wie hier die Argumentation einem Musterkatalog möglicher Stellungnahmen gleicht, gleicht die Porträtgalerie der Autoren (es sind eher Karikaturen als realistische Konterfeis) einem Wachsfigurenkabinett.

Aber es verbietet sich wohl, dem Roman *November* den Verriss zu schreiben, den er unter normalen Voraussetzungen verdiente. Was den einen in die Sprachlosigkeit treibt, hat hier den eloquenten und wendigen Rolf Schneider zum Palavern verleitet. Er kommt daher wie einer, der auf beiden Schultern Wasser trägt. Aber am Ende ist auch das ein beklemmender Ausdruck der Ratlosigkeit. Die Verhältnisse sind jetzt bis zu einem Punkt gediehen, an dem künstlerische Substanz zerstört wird. Kann man sich da mit der Phrase trösten, die Hermann Kant in seiner Rede vor dem VIII. Schriftstellerkongress der DDR im Juli 1978 steigen liess: «*Denn beinahe jeder von uns musste schon durch Pfützen voll schwarzer Unvernunft, und mancher von uns ist ge-*

kielholt worden von kritisierender Obrigkeit, und der eine oder andere unter uns ist sich schon einmal so verraten vorgekommen, dass ihm nach Fortrennen aus dem Leben war oder doch nach Verrennen auf Nimmerwiedersehn. Wenn es taugt, was ihr tut, kommt es durch – ja, weiss Gott, manchmal später als früher, aber es kommt durch?» Wer bestimmt denn, was taugt?

P. S. Der neueste Beitrag zur Erhellung der Situation besteht aus einem in der Zeit veröffentlichten Brief von Wolf Biermann an seinen Freund, den Regimekritiker Robert Havemann. Darin finden sich Sätze sowohl über Stefan Heyms neuen Roman *Collin* wie über Rolf Schneiders *November*. Über dieses Romanwerk, dessen negativer Held er gewissermassen ist, jedenfalls die Hauptperson jener «Vorgänge», um die herum Schneider seine Romanhandlung anlegt, sagt Biermann: «*Was Schneider da zusammengeschustert hat, ist eine phantasiearme Romanifizierung von Tagespolitik, es gibt offenbar auch so etwas wie Opposition aus Opportunismus.*» Und über den Roman *Collin* sagt Biermann: «*Das gleiche Thema (wie in Heyms «König-David-Bericht»): der tapferfeige Intellektuelle, der gegen den TUI in sich ankämpft; der Geschichtsschreiber, der Geschichtenschreiber, der Chronist, der sich weigert, den Herrschenden nach dem Munde zu schreiben.*» Schliesslich der Satz: «*Er weiss wovon er schweigt, wenn er spricht.*»

Anton Krättli